

Ostmärkische Tageszeitung



Anzeiger für Stadt und Land.

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den
Inhaber. Reichs-Postämtern vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 84 Pfg., ohne Zustellungsgebühr;
für Thorn Stadt und Borßdorf, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen ab-
geholt, vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 80 Pfg., ins Haus gebracht vierteljährlich 2,75 Mk.,
monatlich 95 Pfg. Einzelheft (Belagblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 15 Pfg. für Stellenangebote und
-Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 10 Pfg. (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen
außerhalb Westpreußens und Posen und durch Vermittlung 15 Pfg.) für Anzeigen mit Bild-
vorrichtung 25 Pfg. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pfg. Rabatt nach Tarif. — Anzeigenaufträge
nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigen-
annahme in der Geschäftsstelle bis 12 Uhr mittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

(Thorner Presse)

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Donnerstag den 25. Januar 1917.

Druck und Verlag der E. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinz Bartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Weltkrieg.

Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin den 24. Januar (W. T. B.)

Großes Hauptquartier, 24. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Bei fast durchweg klarem Frostwetter blieb an den meisten Frontabschnitten die Kampftätigkeit in mäßigen Grenzen. — Die Flieger nützten die günstigen Beobachtungsverhältnisse für ihre vielseitigen Aufgaben aus. Der Gegner büßte in den zahlreichen Luftkämpfen und durch unser Abwehrfeuer 6 Flugzeuge ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Beiderseits der Na und südlich von Riga haben sich für uns günstig verlaufende Kämpfe entwickelt.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph:

Bei strenger Kälte nur stellenweise lebhaftes Artilleriefeuer und Vorfeldgefechte.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen: Das Nordufer des St. Georgsarmes nördlich von Tulcea ist wieder geräumt worden.

Mazedonische Front:

Die Lage ist unverändert.

Der Erste General-Quartiermeister Ludendorff.

Wilson's Weltfriedensvorschlag.

Wilson's an den amerikanischen Senat gerichtete Botschaft zur Friedensfrage, deren Text den amerikanischen Botschaften bei den Großmächten zugegangen ist, haben wir in ihren Hauptzügen schon mitgeteilt. Sie beschäftigt sich mit den Bedingungen, die es Amerika ermöglichen würden, einem künftigen Friedensbund beizutreten. Wert und fähig, dauernd erhalten zu werden, ist nach Ansicht des Präsidenten lediglich ein Friede ohne Sieg, ein Friede unter Gleichen. Als unerlässliche Bedingung für eine Dauer des Friedens erklärt der Präsident außer der Gleichberechtigung der Nationen die Ableitung aller Regierungsmacht aus der Zustimmung der Regierten, einen Ausgang zu den großen Heerstrahlen der See für alle großen Völker, Freiheit der Meere und Beschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande.

Zu den Hauptzügen der Wilson'schen Note verzeichnen wir nachstehend folgende weitere Ausführungen der Kundgebung: Nur ein Frieden unter Gleichen kann Dauer haben, und nur ein Frieden, dessen Grundprinzipien Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft am gemeinsamen Nutzen ist. Die richtige Geistesverfassung, die richtige Gesinnung unter den Nationen ist für einen dauerhaften Frieden ebenso notwendig, wie die gerechte Lösung von streitigen Gebietsfragen oder von Fragen über Rassen und Stammeszugehörigkeit. Die Gleichheit der Nationen, auf die der Frieden wenn er dauerhaft sein soll, begründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen den Unterschied zwischen großen und kleinen, mächtigen und schwachen Völkern weder ausdrücklich anerkennen, noch stillschweigend in sich begreifen. Und etwas Tieferes kommt in Betracht, als selbst die Gleichberechtigung unter den organisierten Völkern. Kein Frieden kann dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten und daß es nirgends ein Recht gibt, Völker von Macht zu Macht abzutreten, als wenn sie Eigentum wären. Ich halte es z. B., wenn ich ein einzelnes Beispiel hagen soll, als ausgemacht, daß die Staatsmänner überall darin einig sind, daß es ein einiges, unabhängiges, selbständiges Volk geben sollte, und daß weiter Unverletzlichkeit, Sicherheit des Lebens, des Gottesdienstes, der individuellen und sozialen Entwicklung allen Völkern gewährleistet werden sollte, die bis jetzt unter der Macht von Regierungen gelebt haben, die einem Glauben und einem Zwecke gewidmet sind, der ihrem eigenen feindlich ist. Jegendein Frieden, der diesen Grundsatz nicht anerkennt und annimmt, wird unermesslich umgestoßen werden. Soweit als möglich sollte überdies jedes große Volk, das sich nach einer vollen Entwicklung seiner Hilfsmittel strebt, einen direkten Ausganges zu der großen Heerstraße, der See, versichert sein. Wo dies durch Gebietsabtretung nicht bewerkstelligt werden kann, wird es sicherlich durch Neutralisierung der Zugangswege unter allgemeiner Garantie erreicht werden können, was an und für sich eine Friedenssicherung bedeutet. Keine Nation braucht vom Zugang zu den offenen Wegen des Weltverkehrs ferngehalten zu werden, und der Seeweg muß gleichfalls durch gesetzliche Bestimmungen, wie auch tatsächlich frei sein. Die Freiheit der Meere ist ein *conditio sine qua non* für den Frieden. Für Gleichheit und Zusammenarbeit. Viele derzeit in Geltung stehende Regeln internationaler Übung werden zweifelsohne einer radikalen Umarbeitung unterworfen werden müssen, um die Freiheit der Meere tatsächlich zu gewährleisten und deren gemeinsame Benutzbarkeit für die Menschen unter allen Umständen zu sichern. Aber der Beweggrund zur Einführung derartiger Änderungen ist überzeugend und zwingend. Ohne diese Änderung kann es kein Vertrauen und keine guten Beziehungen unter den Völkern geben. Der ununterbrochene, freie und unbedrohte Verkehr von Volk zu Volk ist ein wesentlicher Teil des Friedens und des Entwicklungsprozesses. Es braucht

nicht schwer zu sein, die Freiheit der Meere zu bestimmen oder sicherzustellen, wenn die Regierungen der Welt den aufrichtigen Willen haben, diesbezüglich zu einer Verständigung zu gelangen. Das ist ein Problem, das mit der Begrenzung der maritimen Rüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um die Meere sowohl frei als gesichert zu erhalten, eng verknüpft ist. Und die Frage der Begrenzung der maritimen Rüstungen bringt auch eine größere und vielleicht schwierigere Frage aufs Tapet, wie Landarmee und jedes Programm militärischer Vorbereitungen eine Beschränkung erfahren könnte. So schwierig und heikel diese Frage auch sein möge, sie müßte mit absoluter Übereinkommenheit betrachtet und im Geiste wirklichen Entgegenkommens gelöst werden, wenn anders der Frieden eine Besserung bringen und von Dauer sein soll. Ohne Opfer und Konzessionen ist Frieden unmöglich. Der Geist der Rache und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große, schwerwiegende Rüstungsmaßnahmen da und dort auch in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden sollen. Die Staatsmänner der Welt müssen für den Frieden arbeiten und die Völker müssen ihre Politik diesem Gesichtspunkt anpassen, so wie sie sich bisher auf den Krieg, auf den erbarmungslosen Kampf und auf den Weltkrieg vorbereitet haben. Die Frage der Rüstungen, einerseits, ob zu Wasser oder zu Lande, ist jene Frage, die am unmittelbarsten und einschneidendsten mit dem künftigen Geschick der Völker und des Menschengeschlechts verknüpft ist. Ich habe über diese großen Dinge rückhaltlos und mit der größten Deutlichkeit gesprochen, weil mir ein solches Vorgehen notwendig erscheint, wenn anders der sehnliche Wunsch der Welt nach Frieden irgendwo frei zum Wort und zum Ausdruck gelangen sollte. Ich bin vielleicht der einzige Mensch in hoher, verantwortungsvoller Stellung unter allen Völkern der Welt, der sich frei aussprechen kann und nichts zu verschweigen braucht. Ich spreche als Privatmann und doch natürlich auch zugleich als das verantwortliche Haupt einer großen Regierung, und ich bin überzeugt, daß ich gesagt habe, was das Volk der Vereinigten Staaten von mir erwartet.

Deutsche Preßstimmen.

Bei Besprechung der Botschaft Wilson's sagt die „Kreuzzeitung“: Den Idealismus Wilson's in allen Ehren aber auch er werde mit ihm keine besseren Erfolge haben als Zar Nikolaus II.

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt: Wir hätten den Frieden, den Wilson als Voraussetzung seiner Neuordnung der Welt annahme, gewollt, aber unsere Feinde hätten unser Angebot mit Hohn und Spott abgelehnt. Die Entente sei jetzt die nächste, sich mit dem Studium der Botschaft vom Weltfrieden zu befassen. Wir sehen ihrer Antwort neugierig entgegen.

Der „Berl. Volksanz.“ schreibt: Die Forderung Wilson's, daß dieser Krieg ohne Sieg ende, stehe mit den wichtigsten Kriegszielen unserer Feinde, der Zerstörung des preussischen Militarismus, in schroffstem Widerspruch.

Die „Voll. Ztg.“ sagt: Wir müßten es entscheiden zurückweisen, von dem amerikanischen Präsidenten uns vorzuschreiben zu lassen, daß wir diesen Krieg ohne Sieg zu beenden hätten.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Wenn Wilson auf die europäische Erde niedersteigen würde, würde er begreifen, daß die Entente die Friedensmöglichkeiten unterminiert und in die Luft gesprengt habe.

Der „Vorwärts“ sagt: Wenn Wilson von einem Frieden ohne Sieg spricht, so sei das das gerade Gegenteil von dem, was die Entente wolle.

Österreichische Preßäußerungen.

In Besprechung der Botschaft Wilson's an den Senat erkennen die Wiener Blätter an, daß Wilson aufrichtig und ehrlich bestrebt sei, für die Beendigung des Weltkrieges und die Vorbereitung des Weltfriedens einzutreten, verweisen aber darauf, daß manche Punkte in der Botschaft Wilson's der Aufklärung bedürfen. Wilson hält es für die Herstellung eines dauerhaften Friedens für notwendig, daß es weder Sieger noch Besiegte im Weltkrieg geben solle. Da sich aber manche seiner Ausführungen so deuten lassen, als ob er sich in vielen Fragen auf den Standpunkt der Ententeantwort stellen würde, in welcher bekanntlich die Auflösung Deutschlands, die Vernichtung der Tür-

kei und die Zerstückelung Österreich-Ungarns verlangt wird, scheint hier ein kaum verständlicher Widerspruch vorzuliegen. — Die „Reichspost“ erklärt: Wenn Wilson der einzige Mensch ist, der die Gewalt besessen hat und vielleicht noch besitzt, den Krieg tatsächlich zu beendigen, indem er die riesigen Betriebe der amerikanischen Trusts und die Goldkeller der New Yorker Börsenkönige, aus denen der Krieg gespeist wird, still legt, wenn Wilson die Freiheit zu handeln hatte, warum hat er diese Freiheit nicht benützt, Wird nun seine Freiheit zu reden mehr fruchten?

Englische und französische Blätter.

Von den Londoner Blättern schreibt „Morningpost“ zur Botschaft Wilson's, Wilson schlägt eine Intervention vor, die die Amerikaner während des Bürger- und auch während des spanischen Krieges zurückgewiesen hätten. — „Times“ sagen: Wilson's Vorschläge annehmen, heißt lediglich dem Feinde in die Hand spielen. — „Daily News“ schreiben, Wilson's Botschaft werde der Verwirklichung der Hoffnung Europas eher einen weiteren Antrieb geben als sie verzögern.

Die Pariser Blätter erkennen die besondere Wichtigkeit der hohen geschichtlichen Bedeutung der Botschaft Wilson's an, bezeichnen den Vorschlag selbst aber als einen unausführbaren Traum. Sie stellen hinsichtlich eines Friedens ohne Sieg einen ausdrücklichen Vorbehalt und bestehen auf den nötigen und unerlässlichen Wiederherstellungen.

Die Kämpfe zur See.

Erfolgreicher Kampf deutscher Torpedoboote mit leichten englischen Streikkräften.

W. T. B. teilt amtlich mit:

Bei einer Unternehmung von Teilen unserer Torpedobootstreitkräfte kam es am 23. Januar früh in den Hoften zu einem Zusammenstoß mit englischen leichten Streikkräften. Hierbei wurde ein feindlicher Zerstörer während des Kampfes vernichtet. Ein zweiter wurde nach dem Gefecht in sinkendem Zustande beobachtet. Von unseren Torpedobooten ist eines durch erlittene Havarie in Seenot geraten und hat nach eingegangenen Meldungen den holländischen Hafen Amuiden angelaufen. Unsere übrigen Boote sind vollständig mit geringen Verlusten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verlentete Schiffe.

Lloyds meldet, die dänische Golette „Standard“, der norwegische Dampfer „Totusfel“ und der englische Dampfer „Mohaefield“ wurden versenkt. Der Kapitän des „Mohaefield“ wurde gefangen genommen; zwei Mann sind untergegangen. Ferner wurde der schwedische Dampfer „Romma“ versenkt. Lloyds meldet weiter, die Dampfer „Carlisle“, „Danclara“, „Softwood“, „Pontnichelson“ und „Matina“ wurden versenkt.

Lyoner Blättern zufolge ist die Besatzung des versenkten schwedischen Dampfers „Gaeta“ in Santona eingetroffen.

„Temps“ berichtet, daß der französische Dampfer „Armandi“ versenkt, die Besatzung gerettet worden ist.

Nach Pariser Blättern ist der Dreimaster „Frenn“ vor Rochelle versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet. In Saint Nazaire ist die Besatzung des versenkten dänischen Dampfers „Klampenborg“ eingetroffen.

Nach einer weiteren Lloydsmeldung ist der norwegische Dampfer „Reinunga“ versenkt worden. Seine Besatzung ist gelandet.

Einstellung des Postverkehrs von England nach Schweden.

Laut Stockholmer „Dagbladet“ hat die Versenkung der englischen Post mit dem schwedischen Dampfer „Angeborg“ durch ein deutsches Unterseeboot zur Folge gehabt, daß der Postverkehr von England nach Schweden aufgehört hat. Der schwedische Lloyd, dem die „Angeborg“ gehörte und der mindestens drei Viertel der englischen Post nach Schweden beförderte, teilt mit, daß er keine Post mehr anzunehmen gedenke, von der man befürchten müsse, daß sie Banware entließe.

Die Verluste der norwegischen Handelsflotte.

Das Kristianiaer „Morgenbladet“ teilt mit, daß von der gesamten norwegischen Handels-

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Frankreich und das Elß.

Es waltet kein Zweifel darüber, daß, böten wir heut Frankreich das Elß an, es augenblicklich aus dem Krieg ausschiede.

Aber vielleicht gibt es einen Mittelweg. Das Land wollen wir behalten, aber die Bevölkerung, soweit sie nicht deutsch redet und ehrlich deutsch fühlt, können wir gern missen.

Wie aber schließlich der Franzose mit diesen seinen Wahllandsleuten verfährt, kann uns einerlei sein, wenn ihr Auseinander aus dem deutschen Reich diesem dauernd den Frieden mit dem westlichen Nachbarn bringen kann.

Himmelererscheinungen im Februar.

Die Sonne steigt in ihrer Mittagshöhe im Laufe des Monats um 9 Grad weiter herauf, was sich durch eine starke Zunahme der Tageslänge bemerkbar macht, die über anderhalb Stunden beträgt.

Der Mond wird an folgenden Tagen seine Hauptlichtgestalten zeigen: Vollmond am 7. Februar, Lehtes Viertel am 15., Neumond am 21. und Erstes Viertel am 28.

Unter den großen Planeten tritt Mars am 28. in Weisheit (sonst „Konjunktion“ genannt) zur Sonne und ist daher unsichtbar. Im Sinn der alten Sterndeuter wird er dann „verbrannt“, was im Hinblick darauf, daß Mars ja der Wanderstern des Kriegsgottes ist, uns allen nur erwünscht sein kann.

Existenz zu Wohlstand kommen. Wir brauchen uns um Bevölkerungszuwachs ja nicht zu sorgen. Die aus dem Auslande zurückkehrenden Deutschen werden ohnein Land brauchen, und für unsere Krieger wird eine Entschädigung in Grund und Boden nötig werden.

Preussischer Landtag.

Sitzung vom 23. Januar.

Am Regierungstische: Freiherr von Schorlemer. Präsident Graf von Arnim-Boitzenburg eröffnete die Sitzung um 2.20 Uhr mit einer Ansprache, in der er zunächst nachträglich beste Glückwünsche zum neuen Jahre aussprach.

Das Haus erlebte sodann die Tagesordnung. Der Entwurf eines Schatzungsamtsgesetzes und der Gesetzentwurf zur Förderung der Stadtschäfte wurden einem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Die Petition des Magistrats zu Hann.-Münden um Fortbestand der königlichen Forstakademie wurde an den Ausschuss zur schriftlichen Berichterstattung zurückverwiesen, nachdem der Landwirtschaftsminister erklärt hatte, daß es sehr schwer sei, die nötigen Lehrkräfte zu beschaffen.

Die Petition um Bau eines Hafens bei Lubmin (Kreis Greifswald) wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Der F l i e g e r n h i m m e l erstrahlt in den frühen Abendstunden in dem herrlichen Glanz, den wir schon im vorigen Monat zu schildern versuchten. Zu späterer Nachtzeit, Mitte des Monats gegen 10 Uhr, beginnen sich im Osten schon die ersten Sonnensternbilder zu zeigen, während Orion und Stier allmählich nach Westen hinüberirren.

Die Milchstraße steigt gerade vom Schiff Argo im Süden empor und läßt den Großen Hund mit dem ungemessen hellen Sirius zur Rechten, den Kleinen Hund mit Prokyon zur Linken. Über diesem bemerken wir die Zwillinge und weiter hinaus in der Nähe des Scheitelpunktes den Fuhrmann mit der hellstrahlenden Kapella.

Unter den fältelebenden Insekten befindet sich ferner eine Fliegen-Art (Chionea aranoiodes) und etliche Gallwespen, die aber immerhin etwas seltener anzutreffen sind, dann aber auch einige Schmetterlinge, und zwar vor allem der sehr schädliche Frostspanner (Chimatomia brumata).

Schnee-Insekten.

Von M. A. von Lütgendorff.

Unter den Tieren, die sich den Unbilden des Winters angepaßt haben, haben die Insekten sehr wenige Vertreter. Der weitaus größte Teil der Insekten ist während der kalten Jahreszeit für uns unsichtbar und verbringt die Wintermonate teils

Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten festgesetzt werden. Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 23. Januar.

Am Ministertische: Dr. Sydow. Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11.20 Uhr. Er erhielt die Ermächtigung, dem Könige die Glückwünsche des Hauses zum Geburtstag zu übermitteln.

Der Gesetzentwurf, wonach die Geltungsdauer der Verordnung über die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer vom 7. Juli 1915 auf das Jahr 1917 erstreckt werden soll, wurde in erster und zweiter Beratung ohne Erörterung angenommen.

Der Antrag der Abgg. von Heydebrand (kons.) und Genossen, betreffend Abänderung der Geschäftsordnung dahin, daß der Präsident die Reihenfolge der Redner bestimmt, wurde ohne Erörterung angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Nach der Regierungsvorlage werden für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Hauses der Vollziehung fernbleibt, von dem nächstfolgenden Betrage 20 Mark in Abzug gebracht. Nach den Beschlüssen der Kommission soll der Abzug nicht stattfinden für Tage, an denen ein Mitglied an einer Ausschusssitzung teilgenommen und sich in die Anwesenheitsliste des Ausschusses eingetragen hat, oder an denen ein außerhalb Berlin wohnendes Mitglied durch Krankheit an der Teilnahme an einer Sitzung verhindert war.

Die Beschlüsse der Kommission wurden auf Antrag Trend (Freikonf.) gestrichen, und im übrigen der Gesetzentwurf angenommen.

Es folgte die zweite Beratung der Sibernia-vorlage.

Die Kommission beantragte unveränderte Annahme der Vorlage, aber die Regierung zu erlauben, der Staatshausbank-Kommission zur Beratung des Bergetats bekanntzugeben, der Wortlaut der Verträge zwischen der staatlichen Bergbauverwaltung und dem rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat über den Beitritt des Fiskus zum Syndikat, ferner der vom 1. April 1917 an gültigen Satzung des Kohlen-Syndikats sowie seiner Verträge mit den angeschlossenen Jedem und Handelsgesellschaften und schließlich, wie das Gutachten über die Sibernia-Bergwerks-Gesellschaft lautete kam.

Abg. Schmedding (Frik.): In diesem Falle, wo der Staat durch den Erwerb der Sibernia einen größeren Einfluß auf das Kohlen-Syndikat erhält, werden wir trotz unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Verstaatlichung von Bergwerken für die Vorlage stimmen.

Abg. Schrader (Frikonsf.) trat ebenfalls für das Gesetz ein. Abg. Dejer (Fortschr. Bpt.): Der Preis für den Ankauf ist ein angemessener. Die Anteilseigner erhalten nur ihr ausgelegtes Geld. Bei den

Schwierigkeiten der Kohlenversorgung ist es notwendig, daß der Staat auf die Preispolitik Einfluß erhält. Wir stimmen der Vorlage zu. Abg. Maccò (ntf.) erklärte sich gleichfalls für die Vorlage.

Handelsminister Dr. Sydow: Die Form der Aktiengesellschaft für die Sibernia soll nur für die Übergangszeit gelten. Später soll das Werk ganz in staatliche Verwaltung übernommen werden. Selbstverständlich verfolgt der Staat nicht einseitig fiskalische Interessen. Er muß aber auch die bergbaulichen Interessen im Auge behalten. Wir werden durch den Ankauf der Sibernia mehr als bisher mächtig auf die Preisbildung des Kohlen-Syndikats einwirken können.

Abg. Hue (Sog.) begründete einen Antrag Braun. Dieser verlangt künftig die Angaben in den Betriebsberichten der Bergbau-Verwaltung über die Kohlenförderung der Sibernia, über die Erlöse, Ausgaben und Überschüsse für die Tonne abgelegter Kohle mit Berücksichtigung der Lohnkosten für die Tonne, über die insgesamt ausgelegte Lohnsumme, über die durchschnittlich durch den Arbeiter gemachten Schichten. Der Redner bemerkte ferner: Der Preis für die Erwerbung der Sibernia ist viel zu hoch. Die Folge wird ein Druck auf die Löhne der Arbeiter sein. Wir lehnen die Vorlage ab.

Handelsminister Dr. Sydow: Die Einwände des Abg. Hue sind nicht stichhaltig. Ich bitte den Antrag Braun abzulehnen.

Abg. von Pappenheim (kons.) wandte sich gleichfalls gegen die Ausführungen des Abg. Hue und erklärte die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage und den Kommissions-Entscheidungen.

Die Vorlage wurde unverändert angenommen, ebenso die Entschärfungen der Kommission.

Der Antrag Braun wurde abgelehnt. Der Gesetzentwurf wurde darauf in dritter Beratung ohne Erörterung angenommen.

Es folgte die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Abg. Freiherr von Richthofen-Hertschich (kons.) bemerkte, durch das Gesetz würden den Abgeordneten gewisse Vorteile gewährt, die das Berufsparlamentarierium vermehren würden. Besonders den Abgeordneten aus Berlin und Umgebung würden Vorteile gegenüber den übrigen erwachsen. Wir beantragen Wiederherstellung der in der zweiten Lesung gestrichenen Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Waldstein (Bpt.) und Abg. Leinert (Sog.) traten für die Beschlüsse der zweiten Lesung ein.

Abg. Dr. Friedberg (ntf.): Das Gesetz hat einen rein technischen Charakter und gar keine politische Bedeutung. Die Vorlage verfolgt auch den Zweck, die Session abzukürzen.

Geheimrat Meißner: Die Wiederherstellung der Beschlüsse der Kommission würde die Vorlage für die Regierung unannehmbar machen. Abg. Hoffmann (Sog.) trat für die Beschlüsse zweiter Lesung ein.

Die Konföderativen verzichteten auf ihren Antrag zugunsten eines Antrages der Freikonföderativen und des Zentrums, wonach für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Hauses der Vollziehung fern-

der zwar etwas früher auftritt als er, aber doch bis tief in den Spätherbst hinein schwärmt, und dessen Raupen gleichfalls vielen Schäden an den Obstbäumen anrichten. Mit Ausnahme der genannten Schmetterlinge bekommt man während der kalten Jahreszeit nur selten schwärmende Falter zu Gesicht. Gleichwohl kann man aber durch Anstrich von sog. Ködern an Bäumen an wärmeren Abenden auch im Winter manchen Falter aus seinem Versteck loden.

Vom Vorhandensein kältelebender Insekten gab auch der am 30. Januar 1886 in der Schweiz beobachtete „Wurmregen“ Kunde. Es waren nämlich keine wirklichen Würmer, die Sturm und Regen an diesem Tage aus ihren Verstecken herausgeschwemmt und mit sich geführt hatten, sondern die wurmförmlichen Larven einer sehr bekannten und durch ihre Vertilgung der Blattläuse nützlichen Käferfamilie, der Weichkäfer (Telephorus), die an milden Wintertagen sehr gern im Schnee umherkriechen, weshalb sie auch den Namen Schneewürmer führen. — Ausgesprochene Schneeliebhaber sind auch die zu den Springschwänzen (Poduridae) gehörenden Gletscherflöhe (Desoria glacialis), deren Entdeckung erst in der Mitte des vorigen Jahrhunderts durch den deutschen Geologen Desor am Aargletscher in der Schweiz erfolgte. Bis zur Höhe von 3000 Meter kann man die kleinen Tierchen antreffen, die oft tagelang im Eise eingefroren, bei Sonnenschein dennoch sofort hervorkommen und lustig auf dem Schnee herumkriechen. Ein Verwandter des Gletscherflöhens, der Wasser Springschwanz (Podura aquatica), bedeckt das tauende Schneewasser oft in solcher Menge, daß es wie mit Schiehpulver bestreut ausseht.

Fast in jedem Winter tauchen ab und zu auch Insekten auf, die eigentlich keine ausgesprochenen Winter-Insekten sind und nur durch irgend einen Zufall ihre Winterruhe unterbrochen haben. So hat man in dem vorigen — allerdings sehr milden — Winter in verschiedenen Gegenden Deutschlands im Januar ganze Schwärme von Glühwürmchen beobachtet, die sich abends sehr lebhaft herumtrieben. Auch Marienkäfer kann man häufig mitten im Winter aus ihren Verstecken hervorkommen sehen, oft sogar in größeren Mengen, namentlich dann, wenn ihre Schlupfwinkel von der Sonne beschiene werden.

